

# Linksblick

Kreis Soest + Lippstadt + Soest + Werl + Warstein + Möhnesee



## Armut und soziale Spaltung in NRW besiegen!

**LANDTAGSWAHL.** Ministerpräsidentin Hannelore Kraft hat ihr Versprechen gebrochen „kein Kind zurückzulassen“. Die Kinderarmut steigt. Mittlerweile lebt in NRW jedes fünfte Kind in Armut. Das ist die Bilanz der Landesregierung von SPD und Grünen, die die soziale Frage links liegen gelassen hat. Der Armutsbericht 2017 zeigt, dass die soziale Spaltung in Arm und Reich immer weiter zunimmt. 124 der reichsten 500 Deutschen kommen aus NRW. Sie besitzen ein Vermögen von 145 Milliarden Euro. Auf der anderen Seite: Arbeitslosigkeit, steigende Mieten, unsichere Jobs, Niedriglohn und Armutsrenten. Es kann nicht angehen, dass die arbeitenden Menschen den Tisch der Superreichen decken. Die Menschen

brauchen höhere Löhne! DIE LINKE kämpft für einen NRW-Mindestlohn von 12 Euro. Wir wollen gute Jobs statt Leiharbeit und Befristung! Industriearbeitsplätze wollen wir erhalten. Die sozialen Sicherungssysteme sollen gestärkt werden. Die Hartz IV Sanktionen müssen sofort ausgesetzt werden! Bildung muss gebührenfrei sein von der Kita bis zur Uni! Der ÖPNV soll fahrscheinlos werden. Wir wollen Sozialtarife für Energie und Wasser einführen und Energie-sperren verbieten. Um der sozialen Ungleichheit entgegen zu wirken, brauchen wir mehr Steuergerechtigkeit. Die Vermögenssteuer muss als Millionärssteuer wieder erhoben werden. Die Unterfinanzierung der Kommunen

und der öffentlichen Einrichtungen muss beendet werden. Wir brauchen eine Investitionsoffensive in Infrastruktur und Beschäftigung: Mehr Geld für Schulen, Kitas, Pflege und Krankenhäuser! Kommunen und Land sollten jährlich 100.000 Wohnungen mit unbefristeter Sozialbindung bauen! ■



Liebe Leserin! Lieber Leser!

Es stehen Wahlen vor der Tür und - wie immer - gibt sich die SPD auf einmal sozialer! Leider immer nur vor der Wahl. Der Hype um Martin Schulz ist unberechtigt. Der Mann, der durch seine Tätigkeiten im EU-Parlament Millionen geschaffelt hat, stellt sich als Malocher dar. Auch er ist ein Freund der Bosse. Das zeigt schon seine Kumpanei mit EU-Kommissionschef Jean-Claude Juncker, Ex-Regierungschef des Steuerparadieses Luxemburg. Die SPD spielt ein falsches Spiel, solange sie sich nicht klar dazu bekennt, die Gesetze, die zu wachsender Ungleichheit und Ungerechtigkeit in diesem Land geführt haben, zurückzunehmen. Blumige Worte von Martin Schulz ändern nichts an Leiharbeit, prekären Arbeitsverhältnissen, Hartz IV oder Armutsrenten!

Wenn es um soziale Gerechtigkeit geht, betreibt die Landesregierung eine Politik der warmen Worte. Der Spruch von Hannelore Kraft „Wir lassen kein Kind zurück“ wird für sie zum Bumerang, denn statt weniger geraten in NRW immer mehr Kinder in Armut. Fast 450.000 Kinder unter 15 Jahren leben in NRW in einem Hartz-IV-Haushalt. Von Armut betroffen sind zunehmend auch Kinder aus Familien mit zu geringem Erwerbseinkommen. Statt die Vermögenssteuer wieder zu erheben, werden Reiche weiter geschont. Diese Politik muss beendet werden!

Liebe Leserinnen und Leser, wenn Sie wollen, dass mehr soziale Gerechtigkeit in unser Land einkehrt und die Schere zwischen Arm und Reich nicht immer weiter auseinandergeht, dann bitten wir Sie, ihre Stimmen bei Bundes- und Landtagswahl der LINKEN zu geben!

DIE LINKE steht für 100 Prozent sozial, auch nach der Wahl!

Die Linksblick-Redaktion ■

**Am 14. Mai wählen gehen!  
Deine Stimme für soziale Gerechtigkeit.**

**DIE LINKE.**

# DIE LINKE: Unsere Landtagskandidaten im Kreis Soest



## Winfried Hagenkötter im Westen

**Direktkandidat im Wahlkreis 119 (Soest I): Bad Sassendorf, Ense, Lippetal, Möhnesee, Soest, Welver, Werl und Wickede (Ruhr)**

- 48 Jahre, verheiratet, keine Kinder
- Mitglied des Rates der Stadt Soest und Fraktionsvorsitzender
- Geschäftsführer des AStA der Fachhochschule Münster

### Liebe Wählerinnen und Wähler!

*Ich habe mich im Soester Stadtrat erfolgreich für die Einführung des Soestpasses eingesetzt. Im Landtag will ich mich für einen landesweiten Sozialpass mit einem Sozialticket für Bus und Bahn für 15 Euro engagieren. Denn ich will, dass auch Menschen mit geringem Einkommen mobil sein können.*

*Auch der in den Städten und Gemeinden spürbar gewordene Mangel an bezahlbarem und*

*sozial gefördertem Wohnraum motiviert mich, in den Landtag zu gehen, denn dort wird über die Bereitstellung der finanziellen Mittel entschieden.*

*Das Übereinkommen über die Rechte von Menschen mit Behinderung verpflichtet die ganze Gesellschaft, Inklusion und Teilhabe umzusetzen, das heißt u.a. die Schulen stehen allen Kindern und Jugendlichen offen, Behinderten und Nichtbehinderten. Ein finanzielles Austrocknen der Förderschulen darf es dennoch nicht geben! Ich setze mich dafür ein, dass Inklusion nicht zum Bildungs-Sparmodell verkommt.*

*Herzliche Grüße*

Winfried Hagenkötter  
Paderborner Landstraße 30  
59494 Soest  
Telefon 02921 5901059  
Handy 0160 5688902  
winfried.hagenkoetter@die-linke-soest.de



## Michael Bruns im Osten

**Direktkandidat im Wahlkreis 120 (Soest II): Anröchte, Erwitte, Geseke, Lippstadt, Rüthen und Warstein**

- 44 Jahre, verheiratet
- Mitglied des Rates der Stadt Lippstadt und Fraktionsvorsitzender
- Werkzeugmechaniker, Betriebsrat und Gewerkschafter

### Liebe Wählerinnen und Wähler!

*Als Gewerkschafter ist es mir besonders wichtig, dass in NRW gute Arbeit statt Leiharbeit und Befristungen gefördert wird, dass wir einen NRW-Mindestlohn von 12 Euro bekommen und dass durch die Gründung einer Industriestiftung NRW und durch einen Zukunftsfonds für Innovationen Arbeitsplätze in der Industrie gesichert werden.*

*Noch ist NRW ein Industrieland, gerade in den ländlichen Regionen wie Südwestfalen gibt es viele*

*Arbeitsplätze im produzierenden Sektor. Die Deindustrialisierung von NRW und die damit drohende Verarmung ganzer Regionen muss gestoppt werden!*

*Nach schwierigen Zeiten und Insolvenz startet das Unternehmen, in dem ich Betriebsrat bin, mit landesverbürgter Finanzierung und mehr Mitbestimmung neu. Diese Erfahrungen möchte ich einbringen in die Landtagsfraktion.*

*Laut dem „Memorandum 2020“ des DGB fehlen in NRW eine halbe Million Arbeitsplätze. Zugleich fehlen Stellen und Personal in Schulen und Hochschulen, Kitas, Krankenhäusern und Pflegeheimen. Wir brauchen eine Beschäftigungsoffensive für NRW!*

*Mit solidarischen Grüßen*

Michael Bruns  
Nußbaumallee 45  
59557 Lippstadt  
Mobil 0170 7545045  
mail@michaelbruns.de

# Bessere Bildung: Mehr Qualität! Mehr Personal! Gebührenfrei!

**LANDTAGSWAHL.** Bildung soll **gebührenfrei** sein von der Kita bis zur Uni. DIE LINKE tritt für die sofortige Abschaffung der Kitagebühren ein. Das Land muss die dafür notwendigen Kosten tragen. Auch das Turboabitur (G8) an Gymnasien wollen wir sofort zurücknehmen. Wir fordern

den Rechtsanspruch auf einen Gesamtschulplatz für jedes Kind! Alle Studien zeigen, dass das mehrgliedrige NRW-Schulsystem im internationalen Vergleich wenig Chancengleichheit bietet. DIE LINKE will das Schulsystem weiterentwickeln zu einer **gemeinsamen Schule für alle Kinder** von der ersten bis zur zehnten Klasse. Wir brauchen kleinere Klassen mit 20 Schülerinnen und Schülern. Das soziale Miteinander und der Spaß am Lernen sollen gefördert werden. Wir wollen gebundenen **Ganzttag ohne Hausaufgaben** für alle Schulen. Die Zeiten für Übungen und Training liegen während der Schulanwesenheitszeit. In der Ganzttagsschule werden über den Unterricht hinausgehende Angebote, wie Musik, Sport und Theater, Wissenschafts- oder Kunstprojekte,

Arbeitsgruppen und Debattierklubs in die Schule hineingeholt. Am Ende des Schultags gilt: Alle Bücher, Hefte und Materialien bleiben in der Schule. Nach 16 Uhr und am Wochenende haben die Schülerinnen und Schüler Freizeit mit Familie und Freunden! Die **Schulsozialarbeit** muss dringend als feste Aufgabe der Schulen mit einem ausreichenden Schlüssel zur Schülerzahl ins NRW-Schulgesetz aufgenommen werden. Das Land stellt den Schulen viel zu wenige Lehrerinnen und Lehrer zur Verfügung, um dem Anspruch der **Inklusion** auch nur im Ansatz gerecht zu werden. Inklusion braucht viel mehr Personal! Die **Kitas** benötigen dringend zusätzliche Erzieherinnen und Erzieher für kleinere Gruppen, um eine kindgerechte Betreuung zu gewährleisten und die Beschäftigten zu entlasten.

Zudem mangelt es in den Kitas an Fachpersonal, etwa für Sprachförderung und Musikerziehung. Statt Tagespflege als Notlösung ist das Kita-Angebot bedarfsgerecht auszubauen. **Forschung** darf nicht von kurzfristigen Profitinteressen dominiert werden. Die gesellschaftlich wichtige Grundlagenforschung muss finanziell gesichert werden. Der Numerus clausus und andere Selektionsinstrumente, mit denen junge Menschen am **Studium** oder am Zugang zum Masterstudienplatz gehindert werden, sind abzuschaffen. Die Betreuungsrelation von Lehrenden zu Studierenden und damit die Qualität des Studiums soll verbessert werden. Wir sind für die Wiedereinführung des elternunabhängigen **BAföGs** und Anhebung der BAföG-Sätze. ■



## Umwelt und Tiere schützen!

**LANDTAGSWAHL.** Umweltschutz ist für uns nicht nur eine Frage des Lifestyles für Leute, die sich teurere Bioprodukte leisten können. Es geht um Arbeitsbedingungen der Wirtschaft und die Gesundheit der Menschen. Wirtschafts- und Infrastrukturpolitik wollen wir an strengen Umwelt- und Klimaschutzzielen ausrichten. Wir wollen Sozialtarife für Energie und Wasser einführen und Sperrungen verbieten. Wir wollen Lärm- und Staubbelastung reduzieren, die Gefährdung durch Atomanlagen und Fracking bekämpfen. Trinkwassergewinnung muss Vorrang vor Rohstoffabbau haben. Wir wollen den **Kohleausstieg** sofort einleiten: Der letzte Kohlekraftwerksblock soll in Deutschland spätestens im Jahr 2035 stillgelegt werden. Bis zum Jahr 2040 muss alle Energie aus erneuerbaren Quellen gewonnen werden. Wir setzen auf Energieeinsparung, Photovoltaik und Windenergie. Kommunale Windflächen sind in Übereinstimmung mit den Anwohnerinnen und Anwohnern und den kommunalen

Energieversorgern auszuweisen. **Verkehrslärm** belastet viele Menschen, besonders in Wohnlagen, die für Menschen mit geringem Einkommen erschwinglich sind. Wir wollen Mobilität umweltschonend und lebenswert gestalten. Das bedeutet einen vernetzten Umweltverbund – zu Fuß, per Rad, mit Carsharing, Bus und Bahn. Der ÖPNV ist gerade auf dem Land massiv auszubauen! Das landeseigene Straßennetz wollen wir in einen guten Zustand bringen. Wir wollen tierquälerische Haltungsverfahren und **Massentierhaltung** beenden. Statt weiterzunehmender Konzentration von Nahrungsmittelproduktion müssen regionale Kreisläufe her. Tiertransporte sind zu vermeiden. Kükenschreddern soll verboten werden. Störungen in der Brut- und Aufzuchtzeit von Wildtieren sind zu reduzieren. Wir wollen keine Treib- und Drückjagden mehr. Freilaufende Katzen müssen kastriert werden. Die Hundesteuer ist abzuschaffen. Keine Wildtiere in Zirkussen! ■

## Innere Sicherheit geht sozial!

**LANDTAGSWAHL.** Wir brauchen in NRW eine bessere personelle und materielle Ausstattung der Justiz, der überbelasteten Arbeits-, Sozial- und Verwaltungsgerichte. Zahlreiche Bescheide der Jobcenter sind rechtswidrig. Alle müssen die Möglichkeit haben, ihre Rechte durchsetzen zu können: Die Beratungs- und Prozesskostenhilfe muss verbessert werden. Jugendgefängnisse sind der ideale Einstieg in eine kriminelle Laufbahn,

die Rückfallquote beträgt 80 Prozent. Härtere Strafen führen nicht dazu, dass weniger Straftaten begangen werden. Die Gesellschaft ist in der Verantwortung, Menschen zu unterstützen, statt sie wegzusperren. Jugendliche brauchen Perspektiven, also in erster Linie eine gute Ausbildung und im Anschluss einen sicheren Job. Zudem brauchen wir mehr Jugendsozialarbeit. Wirtschaftskriminalität und Steuerhinterziehung sollten stärker verfolgt werden statt Cannabis-Konsum oder Schwarzfahren! Wenn der IS in Deutschland versucht, Menschen zu radikalisieren, dann gelingt ihm das, wenn diese Menschen abgehängt sind. Soziale Sicherheit ist das beste Mittel im Kampf gegen Kriminalität. Die vielen Angriffe auf Flüchtlingsunterkünfte sind erschreckend. In NRW gibt es rechte Terrornetzwerke, immer wieder hat der „Verfassungsschutz“ seine Finger im Spiel. Geheimdienste sind Fremdkörper in einer demokratischen Gesellschaft! ■



## Aus dem Rat der Stadt Lippstadt

Liebe Lippstädterinnen und Lippstädter!

*DIE LINKE hat bisher im Rat der Stadt Lippstadt jeden Haushalt abgelehnt. Bis 2015 lag der Steuersatz der Gewerbesteuer über dem der Grundsteuer. Inzwischen steht dieses Verhältnis auf dem Kopf. Eigenheime und Mieten statt Unternehmensgewinne stärker zu besteuern ist unsozial!*

*Die Tonnagebeschränkung für den Schwerlastverkehr in der Stirper Straße kommt endlich zurück! Die Anwohnerinnen und Anwohner in Lippstadt und Erwitte müssen nicht länger unter schweren Lkw vor ihrer Haustür leiden. Sehr gut!*

*Beim Bibliotheksindex BIX war die Thomas-Valentin-Stadtbücherei Schlusslicht. Im Schul- und Kulturausschuss warb ich dafür, eine Befragung der Nutzerinnen und Nutzer der Stadtbücherei sowie der Beschäftigten durchzuführen. Welche Verbesserungen wünschen sie sich? Würden die Nutzerinnen und Nutzer einen zu gründenden Förderverein unterstützen? Leider wurde der Antrag schroff abgewiesen. Es sei angeblich alles in Butter. Ich finde diese Starrköpfigkeit erschütternd. DIE LINKE wünscht sich regelmäßige Lesungen in der Bücherei, mehr Medien und verlässlichere Öffnungszeiten. Zum Haushalt und Stellenplan 2016 und 2017 beantragten wir mehr Mittel und Personal für die Bücherei, was leider abgelehnt wurde.*

*Wir haben beantragt, in die Investitionsplanung der Stadt aufzunehmen, dass die Kernstadt perspektivisch ein Bürger- und Kulturzentrum bekommt. Raum für Kleinkunst, Treffpunkt für Gruppen und Jugendliche ohne Verzehrzwang, das brauchen die Menschen auch in Lippstadt.*

Mit freundlichen Grüßen

Michael Bruns

Fraktionsvorsitzender DIE LINKE

Baustelle der Gesamtschule, Ulmenstraße



## Lippstadt braucht mehr Gesamtschulplätze!

**LIPPSTADT.** Der Wunsch, die Gesamtschule zu besuchen, wird weiterhin für viele Kinder in Lippstadt nicht erfüllt. Jedes Jahr wird eine hohe Zahl von Schülerinnen und Schülern abgewiesen. Für das kommende Schuljahr 2017/2018 sind es 69, die keinen Platz bekommen. DIE LINKE will das nicht hinnehmen. Wir fordern ausreichend Gesamtschulplätze für Lippstadt! Wir freuen uns, dass die Gesamt-

schule vom Provisorium Stadtwald in den Neubau an der Ulmenstraße umzieht. Aber die Plätze werden auch dann nicht reichen.

Aus Sicht der LINKEN im Rat der Stadt Lippstadt gibt es drei Lösungsmöglichkeiten: Erweiterung der Gesamtschule, Neubau einer zweiten Gesamtschule oder die Umwandlung bestehender weiterführender Schulen zu einer weiteren Gesamtschule. Doch bei den ande-

ren Ratsfraktionen stoßen wir damit auf taube Ohren.

Besonders ärgerlich ist, dass Kinder ohne Empfehlung für das Gymnasium besonders häufig abgewiesen werden. Die Benachteiligung wie im dreigliedrigen Schulsystem geht also weiter. Deswegen fordert DIE LINKE bei der Landtagswahl: „Eine Schule für alle!“ Wir wollen Förderung und beste Chancen für alle statt Auslese und Benachteiligung. ■

Kita Blauland



## Elternbeiträge: Bildung soll gebührenfrei sein!

**LIPPSTADT.** Gleiche Chancen für alle Kinder unabhängig vom Geldbeutel der Eltern! Schon früh im Nachkriegsdeutschland wurde das Schulgeld abgeschafft. 2011 wurden mit den Stimmen der LINKEN im Landtag die Studiengebühren gekippt. Der Kampf um die Abschaffung der Elternbeiträge für die Kindertagesstätten in NRW läuft. Diese Entscheidung haben Sie bei der Landtagswahl in der Hand. Im

Lippstädter Rat setzt sich DIE LINKE bis dahin für eine sozial gerechte Gestaltung der Elternbeiträge ein. Der Bürgermeister wollte die Ermäßigung des Beitrags für Eltern, die mehrere Kinder in die Kita geben, absenken. Die LINKE-Ratsfraktion beantragt jedes Jahr, die Elternbeiträge für Geschwisterkinder abzuschaffen. In der neuen Satzung blieb es schließlich bei der bisherigen Ermäßigung von 75 Prozent ab dem 2. Kind. In

Soest sind alle Geschwisterkinder komplett befreit und Eltern mit einem Jahreseinkommen bis 31.000 Euro (Lippstadt bis 25.000 Euro) müssen keine Elternbeiträge zahlen. DIE LINKE hat beantragt, die beiden Soester Regelungen zu übernehmen, leider bisher ohne Erfolg. Die weitere Erhöhung der Elternbeiträge wurde jedoch im Rat im Dezember 2016 bei Stimmengleichheit abgelehnt. Der Kampf geht weiter! ■

## DIE LINKE fordert ein Jugendparlament für die Stadt Soest

Liebe Soesterinnen und Soester!

Die Fraktion DIE LINKE im Soester Stadtrat setzt sich für mehr Mitbestimmung von Jugendlichen in der Kommunalpolitik ein.

Ende letzten Jahres stellte die Fraktion erfolgreich verschiedene Anträge, um das Thema auf die Liste der Arbeitsaufträge der Verwaltung für 2017 zu setzen. Verschiedene andere Fraktionen hatten ein Jugendratsmodell unterstützt, bei dem keine Wahlen stattfinden, sondern die offenen Plätze im Jugendrat mit Vertretern von Jugendorganisationen und Schülersprechern besetzt werden.

Es stellt sich bei dem Vorschlag der anderen Fraktionen die Frage: Vertreten diese Jugendlichen dann alle Soester Jugendlichen oder nur die Interessen ihrer Verbände und Organisationen? In einem Jugendparlament sollen die Interessen der Soester Jugendlichen vertreten werden. Dieses könnte schwierig werden, wenn die Jugendlichen in den Schülervertretungen gar nicht aus Soest sind. Wenn das dazu führt, dass an den weiterführenden Schulen nur noch „echte“ Soester zu Schülersprechern gewählt werden, wäre das kaum im Sinne der Schülerinnen und Schüler.

Auf Hinweis der Fraktion DIE LINKE brandmarkte die Soester Verwaltung das Jugendratsmodell ebenfalls als undemokratisch und stellte sich auf den „linken“ Standpunkt, dass wenn man Beteiligung ernst meine, nur ein frei gewähltes Jugendparlament in Frage käme.

Für DIE LINKE ist die Sache klar: In einer demokratischen Gesellschaft gehört es sich, dass die jugendlichen Vertreter in einer demokratischen Wahl gewählt werden. Wir wollen ein Jugendparlament und keinen Jugendrat.

Mit herzlichen Grüßen  
Winfried Hagenkötter  
Fraktionsvorsitzender DIE LINKE



**SOEST.** Für DIE LINKE ist Wohnen ein Menschenrecht. Durch die mangelnde Ausweisung von Bauland in Soest stiegen die Grundstückskosten drastisch an. Zwischen 2010 und 2015 wurde der Bestand an Sozial-Wohnungen von 1.700 auf 900 reduziert, was zur Folge hatte, dass die Mieten stark anstiegen. Seit Jahren fordert DIE LINKE von der Stadt, dass mehr öffentlich geförderte Sozial-Wohnungen in Soest

gebaut werden. Inzwischen haben auch andere Fraktionen im Soester Stadtrat erkannt, dass der freie Markt das Problem nicht richten wird, da dort eher das Interesse vorherrscht, die Mieten weiter in die Höhe zu treiben. Auf Vorschlag der Fraktion DIE LINKE und anderer Fraktionen hat der Stadtrat 2016 den Grundsatzbeschluss gefasst, dass Soest eine eigene städtische Wohnungsbaugesellschaft braucht, um steuernd in den Markt eingreifen zu können und durch vermehrten Sozialwohnungsbau für preiswerten Wohnraum zu sorgen. Grundstein der neuen Wohnungsbaugesellschaft, die in diesem Jahr gegründet werden soll, sollen 60 öffentlich geförderte Sozialwohnungen auf dem Gelände der ehemaligen Adam-Kaserne werden. ■



## Frauentag: Mehr Personal in der Pflege!

**SOEST.** Mitglieder des Ortsverbandes der Soester LINKEN verteilen zum Frauentag am 8. März Blumen in der Fußgängerzone und machen auf die andauernde Ungleichbehandlung von Frauen aufmerksam.

Wir wollen gleichen Lohn für gleichwertige Arbeit und eine gerechtere Entlohnung für frauenspezifische Berufe! Gezielte Frauenförderung ist verpflichtend für öffentliche Un-

ternehmen festzulegen. DIE LINKE stellt am Frauentag 2017 den Protest gegen die unhaltbaren Zustände in den Kliniken und Pflegeeinrichtungen in den Mittelpunkt, denn die Pflege ist weiblich: 85 Prozent der Beschäftigten in der Krankenhauspflege sind Frauen. Viel zu wenige Pflegekräfte müssen viel zu viele Patientinnen und Patienten versorgen. Neben oftmals schlechter Bezahlung und einem hohen Anteil

an Teilzeitbeschäftigten ist es auch die steigende Arbeitsbelastung, die sich dringend ändern muss. Wir LINKE kämpfen für bundesweit zusätzlich 100.000 Pflegekräfte, um mehr Zeit und Entlastung für die Beschäftigten und die pflegebedürftigen Menschen zu erreichen. DIE LINKE unterstützt die laufenden Arbeitskämpfe der Gewerkschaft ver.di für die Entlastung der Beschäftigten in den Kliniken. ■

## Aus dem Kreistag Soest

Sehr geehrte Damen und Herren!

Vor den Sitzungen der Ausschüsse oder des Kreistages haben sich CDU und SPD schon auf die Ergebnisse verständigt. Unsere Anträge werden entweder von der Tagesordnung gestimmt oder, falls sie behandelt werden, abgelehnt. Wir verstehen **Demokratie** so, dass man sich auch die Positionen der anderen Fraktionen anhört und dann entscheidet, wie man abstimmt.

Ein Referent, der **Gentechnik** als sehr positiv dargestellt, durfte im Umweltausschuss einen Vortrag halten. Wir stellten den Antrag, einen kritischen Referenten zum Thema „gentechnikfreier Kreis“ einzuladen. Leider stimmten alle anderen dagegen. Unseren Antrag im Gesundheitsausschuss zu **Drogenersatztherapie** stellten wir, weil wir von Betroffenen angeschrieben worden sind, die im Kreis Soest keine Möglichkeit mehr finden, um Methadon zu bekommen. Dadurch sind sie gezwungen, kilometerlange Fahrten in Kauf zu nehmen. Unser Antrag, die Versorgung mit Substitutionsmitteln sicher zu stellen, wurde in die Kommunale Gesundheitskonferenz abgeschoben.

Der Umgang mit Geflüchteten ist einfach nur traurig: NRW gehört zu den Bundesländern, die nach **Afghanistan** abschieben. Taliban, Anschläge und Hoffnungslosigkeit warten auf die Rückkehrer. Das Auswärtige Amt gibt Reisewarnungen heraus, aber für Flüchtlinge ist es sicher!? Im Kreistag beantragten wir eine Resolution mit dem Ziel, die Sicherheitslage bei Asylanträgen zu berücksichtigen. Bei abgelehnten Asylbewerberinnen und Asylbewerbern aus Afghanistan sollen die aufenthaltsrechtlichen Möglichkeiten (humanitärer Aufenthalt oder verlängerte Duldung) geprüft werden. Nur LINKE und Grüne stimmten zu.

Mit solidarischen Grüßen

Manfred Weretecki

Fraktionsvorsitzender

DIE LINKE und DIE SO! im Kreistag



## Gute Nahversorgung für das Möhnetal!

**WARSTEIN.** Im neuen Einzelhandelsgutachten werden weiterhin die Standorte Kernstadt und Belecke privilegiert. Wir wollen gute Nahversorgung für alle! Wir haben uns deshalb für das Möhnetal gewünscht, dass das Einkaufszentrum in Sichtgvor als weiteres Nebenzentrum deklariert wird.

Durch die Entscheidung, dies zu verhindern, wurde lange behindert, dass sich in Sichtgvor ein

Drogeriemarkt ansiedelt. Zurzeit laufen Gespräche mit einem großen Anbieter, und wir sind guter Dinge, dass der Drogeriemarkt bald kommt.

Das Einzelhandelsgutachten schlug vor, dass Aldi nach Belecke umziehen solle, wenn der Drogeriemarkt nach Sichtgvor kommt. Wir haben dafür gesorgt, dass das gestrichen wurde. Im Kopf des Bürgermeisters spukt die Idee aber weiter rum: Auf die

Frage von LINKE-Vertreter Manfred Weretecki im Stadtentwicklungsausschuss musste er zugeben, dass er Gespräche mit Aldi über den Standort Belecke führt.

Es wäre für die Menschen im Möhnetal sicher kein Problem, wenn es einen Aldi-Standort in Belecke geben würde, allerdings nur, wenn der Standort Sichtgvor erhalten bliebe. Zwei Standorte innerhalb von 5 km wird es aber kaum geben. ■



## Möhnesee: Haus des Gastes erhalten!

**MÖHNESEE.** Das Haus des Gastes mitten in Körbecke dient u. a. als Zentrum für Vereine und als Schul-Mensa. Es gilt dem Denkmalamt als „erhaltenswerte Bausubstanz.“ Eine Koalition aus CDU, BG und Grünen strebt an, es abreißen zu lassen und auf dem Gelände Aldi und Rossmann anzusiedeln. Der alternative Standort Giesen Wiese für die Märkte wurde ausgeblendet. Erst wurde beschlossen, einen zwei-

ten Baukörper zu erstellen, der u. a. die Schul-Mensa, die Kita Flohzirkus und einen Gymnastikraum aufnehmen soll. In nicht-öffentlicher Sitzung wurde vermutlich der Ankauf einer weiteren Immobilie beschlossen, um die übrigen Funktionen des Hauses des Gastes unterzubringen. Danach wurde ein Ratsbürgerentscheid beschlossen mit der Fragestellung, ob das Gelände des Hauses des Gastes verkauft werden soll. Der Bürger-

willen wird nicht ernst genommen, wenn schon vorentschieden ist, das Haus des Gastes seiner Funktionen zu berauben. Der Bürgerentscheid wird zur Farce! Fair wäre gewesen: Erst ein Ratsbürgerentscheid und danach abhängig vom Ergebnis weitere Beschlüsse! **DIE LINKE setzt sich für den Erhalt des Hauses des Gastes ein. Stimmen Sie beim Ratsbürgerentscheid am 14. Mai bitte mit NEIN!** ■



## Fußgängerzone für Warstein

**WARSTEIN.** Nachdem jetzt klar ist, dass die Umgehungsstraße nicht kommt, muss man sich Gedanken machen, wie man die Probleme in Warstein anders in den Griff bekommt. Wir haben als LINKE Warstein schon vor einigen Jahren ein Konzept geschrieben. Es ist auf unserer Internetseite veröffentlicht. Anlehnend an dieses Konzept und angepasst an die Aktualität stellen wir hier unsere Vorstellungen vor: Die schon lange vorgeschlagene innerstädtische Entlastungsstraße könnte hier die Lösung bringen. Anders als die Varianten, die ja schon durch die Presse gingen, würden wir die Straße aber durchs Rissegelände weiterführen wollen. Es gibt ja einen Generationenvertrag mit der Firma Risse, der so eine Straße ermöglichen würde. Dann könnten wir uns auch vorstellen, den oberen Bereich als Einbahnstraße auszuführen. Wenn man also die innerstädtische Entlastungsstraße von der Range aus übers Risse-Gelände weiterführen könnte und an der Kreuzung nach Suttrop rauskommen würde, dann hätte man die jetzige Hauptstraße frei von Verkehr, und der Bereich von der Rangekreuzung bis Mestermann (Suttroper Kreuzung) könnte als Fußgängerzone genutzt werden. Die Wäster, die Brücken,

der Bullerteich, die Felsen, so was dürfte man schon herausragend nennen. Die Leerstände würden sich bei so einer Konstellation ziemlich schnell erledigen. Es würde sicher viel Außengastronomie entstehen, und auch kleine Läden würden sich hier niederlassen. Es würde eine ziemlich einmalige Fußgängerzone entstehen. Man könnte ohne Verkehr bummeln, sich im Sommer in die Sonne setzen mit Blick auf den Overhagen oder den Bullerteich. Warstein hat so viele Möglichkeiten im Tourismusbereich, z. B. die Kletterwände, die auch NRW-weit ihres Gleichen suchen.

Man könnte auch die Pläne von Ex-Bürgermeister Gödde aufgreifen, eine Steinentlastungsstraße zu bauen, die dann den Verkehr auf die Möhnestraße in Höhe von Sägewerk Fisch ableiten könnte. Dadurch würde sicher auch die Feinstaubbelastung in der Kernstadt rapide sinken!

Wenn dann der Steinabbau irgendwann, in hoffentlich naher Zukunft, beendet wäre, könnte man auch die Steinbrüche sicher für den Tourismus gestalten, ja dann käme man dem Luftkurort oder dem Venedig des Sauerlandes, wie Warstein früher mal genannt wurde, doch wieder sehr nahe! ■

### Impressum

Herausgeber: DIE LINKE. Kreisverband Soest, Ulricherstraße 39, 59494 Soest  
www.die-linke-kreis-soest.de  
V.i.S.d.P. Manfred Weretecki, Kreisvorsitzender (manfred.weretecki@t-online.de)  
Bilder: Michael Bruns, DIE LINKE NRW, Bärbel Prünke, Iris Fenzlein, Winfried Hagenkötter, Manfred Weretecki, Bernhard Heß, Fotolia, Foto von Sahra Wagenknecht: @DiG/Trialon. Auflage: 35.000. März 2017.

**Danke an alle für die Mitarbeit!**



## Kein Platz für Rassismus

**KREIS SOEST.** Es ist tatsächlich machbar, eine Million Geflüchtete oder mehr Menschen zu versorgen und ihnen eine Perspektive zu bieten – ohne dass sich die sozialen Verhältnisse für die arbeitende und erwerbslose Bevölkerung verschlechtern würden. Die Bundesregierung hat ihrem „Wir schaffen das“ allerdings keine entsprechenden Taten folgen lassen. Es hätten Programme zum Bau von Wohnungen, Schulen und Kitas, zur Ausbildung von Lehr- und Erziehungspersonal in Gang gesetzt werden müssen.

Wir brauchen eine Obergrenze für Reichtum: Eine Umverteilung von den Besitzenden und Konzernen wäre nötig, um das Leben für alle Menschen zu verbessern. Wer öffentliche Investitionen einfriert, der rollt für die Rechtspopulisten den Teppich aus. DIE LINKE steht für eine klare Willkommens-Position gegenüber den Zufluchtsuchenden und gegen Asylrechtsverschärfungen. Gegen die Fluchtursachen helfen ein fairerer Welthandel, Friedenspolitik statt Waffenexporte und Auslandseinsätze der Bundeswehr! ■



Organisiert von überparteilichen Netzwerken und Bündnissen gegen Rassismus im Kreis Soest waren in den letzten Monaten immer wieder viele hundert Menschen auf Straßen und Plätzen etwa in Lippstadt, Soest und Werl aktiv und zeigten der AfD, dass Rassismus,

Fremden- und Frauenfeindlichkeit hier nicht willkommen sind! Durch die AfD würde kein Arbeitsplatz sicherer und kein Lohn höher. Die AfD will die soziale Spaltung der Gesellschaft weiter voran treiben. DIE LINKE hat die Proteste sehr gerne unterstützt.

Werl

Lippstadt

# Sahra Wagenknecht

**26. April  
15.30 Uhr**

**Infostände  
ab 14.30 Uhr**

**Rathausplatz  
Lippstadt**

**DIE LINKE.**

@DiG/Trialon

Die Vorsitzende der Linksfraktion im Deutschen Bundestag und Spitzenkandidatin der LINKEN bei der Bundestagswahl Sahra Wagenknecht spricht am 26. April um 15.30 Uhr auf dem Rathausplatz in Lippstadt. Zuvor stellt sich der Landtags-

direktkandidat im Ostkreis, der Lippstädter Michael Bruns kurz vor. Schon ab 14.30 Uhr ist DIE LINKE u. a. mit Informationsständen, Waffeln und Kaffee auf dem Rathausplatz in Lippstadt präsent. Wir freuen und auf Sie! Kommen Sie vorbei!



**JUGEND.** Wir, die Linksjugend [´solid] Kreis Soest, sind eine unabhängige Jugendorganisation, die der Partei DIE LINKE nahesteht. Wir haben uns im Sommer 2016 gegründet.

Die Linksjugend [´solid] steht für eine sozialistische, antifaschistische, basisdemokratische und feministische Politik. Unsere Aufgabe sehen wir darin, anderen Jugendlichen klar zu machen, dass sie direkt oder indirekt von Politik betroffen sind.

Die Bildungsreform G8 bedeutet weniger Wissensvermittlung und mehr Druck auf die Schülerinnen und Schüler. Die „Agenda 2010“ hat Arbeit unsicherer gemacht. Wir entwerfen und werben für Alternativen und animieren Jugendliche, sich gemeinsam mit uns für Veränderung stark zu machen. Wir brauchen Zeit um auszutesten, wer wir eigentlich sind. Wir fordern für die Jugend ein angenehmes Lernklima, eine gute Vorbereitung auf das Leben und die Arbeitswelt.

Wir als Linksjugend [´solid] wenden uns klar GEGEN rechtes Gedankengut, fremdenfeindliches Verhalten und Rechtspopulismus. Wir sehen uns als eine tolerante, aufgeschlossene Gruppe in einer bunten Gesellschaft. Wir fordern gleiche politische und soziale Rechte für alle. Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen sollte der Respekt vor anderen Menschen und deren Kulturen nahegebracht werden. Wir müssen uns mit dem für uns noch Fremden auseinandersetzen, um eine offene Gesellschaft bilden zu können.

Wir wollen im Wahljahr 2017 sowohl bei uns in NRW als auch bei der Bundestagswahl rechtspopulistischen und rechtsradikalen Parteien wie AfD, NPD und „Pro NRW“ mit Argumenten entgegentreten und den jungen Menschen deutlich machen, dass die echte Alternative für eine bessere Zukunft in Offenheit, Vielfalt und sozialer Sicherheit für alle Menschen steckt. ■

DIE LINKE. Kreis Soest  
**Öffnungszeiten der  
Kreisgeschäftsstelle**  
Ulricherstraße 39 in Soest  
Mo., Mi., Fr. 16 bis 18 Uhr

„Kommen Sie einfach mal unverbindlich vorbei. Wir haben einen Kaffee für Sie und beantworten gerne Ihre Fragen.“

Manfred Weretecki  
Kreisvorsitzender



**Eventuell muss man irgendwann aufhören,  
politisch engagiert auf dem Sofa zu sitzen.**

**Aufstehen für soziale Gerechtigkeit,  
Frieden und Menschlichkeit!**

Mitmachen!



Telefon 0171 78 05 90 1  
www.die-linke-kreis-soest.de

**DIE LINKE.**